



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 001-2026
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion:
Geschäftsnummer: 2026.GRPARL.16

Eingereicht am: 06.01.2026

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Lerch (Langenthal, SVP) (Sprecher/in)
Zimmerli (Bern, FDP)
Daphinoff (Bern, Die Mitte)
Maurer (Sumiswald, EDU)
Kocher Hirt (Worben, SP)
de Meuron (Thun, GRÜNE)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 05.03.2026

RRB-Nr.: vom
Direktion: Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Brandschutz im Kanton Bern: Beurteilung des Ist-Zustandes – besteht Handlungsbedarf?

Nach den tragischen und erschütternden Ereignissen in Crans-Montana stellt sich die Frage, wie der Kanton Bern im Bereich des Brandschutzes aufgestellt ist. Im Fokus des öffentlichen Interesses steht dabei naturgemäss die Ist-Situation und wie sich diese bewährt hat. Zudem sind gegebenenfalls Aussagen erwünscht, ob und in welchen Bereichen nach Ansicht des Regierungsrates zusätzlicher Handlungsbedarf besteht, auch in gesetzgeberischer Hinsicht.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die aktuelle Situation im Bereich des Brandschutzes im Kanton Bern?
2. Sind die geltenden gesetzlichen und organisatorischen Grundlagen und die gestützt darauf möglichen Massnahmen ausreichend und haben sich diese grundsätzlich bewährt?
3. Sieht der Regierungsrat Optimierungs- und Anpassungsbedarf? Wenn ja in welchen Bereichen (Kanton inkl. Regierungsstatthalterämter, Gemeinden, Gebäudeversicherung, Brandschutzsachverständige)?
4. Wie beurteilt der Regierungsrat den Zielkonflikt zwischen dem Prinzip der Eigenverantwortung mit baupolizeilicher Selbstdeklaration und dem Kontrollauftrag der Gemeindebaupolizeibehörden (Art. 47 BewD), insbesondere im Bereich des Brandschutzes?
5. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass zusätzliche Vorschriften und Kontrollen nicht ohne erhöhte Ressourcen machbar sind? Und wer hätte diese zu tragen?

6. Welche Aufgaben nimmt die Gebäudeversicherung Bern (GVB) im Bereich des vorbeugenden Brandschutzes und der Kontrollen wahr? Wie ist konkret die Abgrenzung zu den Aufgaben der Gemeindebaupolizeibehörden?
7. Ist der Regierungsrat bereit, nötigenfalls rasch die Gesetzesgrundlagen anzupassen bzw. entsprechende Anträge auf Bundesebene einzubringen, damit Ereignisse wie in Crans-Montana ausgeschlossen werden können?

Begründung der Dringlichkeit: Die erschütternden Ereignisse in Crans-Montana lassen uns alle fassungslos zurück. Sie haben uns schlagartig bewusst gemacht, dass ungenügender Brandschutz sehr viele Opfer fordern kann. Ein rascher Überprüfungs- und nötigenfalls Anpassungsbedarf ist deshalb vordringlich. Es wäre nicht zu verantworten, wenn sich solche Ereignisse wie in Crans-Montana im Kanton Bern ereignen würden. Es besteht deshalb offensichtlich ein öffentliches Interesse an einer möglichst raschen Antwort.

Verteiler
– Grosser Rat